

Der Inhalt des vorliegenden Heftes...
Anzahl 2,50 RM, durch die Post
2,75 RM, wozu die Zustellungsgebühr.

Saale-Beitung.

achtundvierzigster Jahrgang.

werden die 6 gewählten Kolonnen...
Sonntag und Montags einmal.
Schließung und Druck-Geheim...
Rebengedächtnis, Markt 24.

Nr. 229.

Halle, Sonntag, den 17. Mai

1914.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 16. Mai 1914.

Vom Bundesratspräsidenten: Die Staatssekretäre Dr. Delbrück,
Kraeffke und Rüchlin.
Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 10 1/2 Uhr.

Die Geschäftsbestimmungen des Reichstages
gaben zu wenig Elastizität. Durch die kleinen Anfragen ist
ja schon eine gewisse Abhilfe geschaffen.

Das stenographische Bureau
lassen unbedenklich Arbeit von uns als Selbstverpflichtung
betrachten werden, die einer Unterabteilung gleich-

Präsident Dr. Kaempf: Ich werde den vorgebrachten
Wünschen die größte Aufmerksamkeit widmen und erneut
die Verhältnisse unseres stenographischen Bureaus prüfen

Abg. Vitzthum (Natl.): Die Klagen des Abg.
Delbrück über unsere Geschäftsabhandlung sind nicht un-
begründet, aber die unbedingten Zustände sind nicht auf
die falschen Dispositionen der Regierung zurückzuführen.

Abg. Gröber (Str.): Dem Antrag wegen Verlängerung
der Preisbefreiungen stimmen wir zu. Das Diktatgesetz hat
seine Schädlichkeit getan. Jetzt

Abg. Gröber (Str.): Dem Antrag wegen Verlängerung
der Preisbefreiungen stimmen wir zu. Das Diktatgesetz hat
seine Schädlichkeit getan. Jetzt

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Hortföhr. Vot.): Daß unsere
Kommissionen wie Laubentblätter sind, kommt daher, daß
wir infolge der vielen uns zugehenden Gesetzentwürfe die
Kommissionen nicht alle belegen können.

Abg. Krommer (Deutschnatl.): Dem Antrag auf Wieder-
belegung einer Handels- und Gewerbekommission liegt ein
sehr verständiger Gedanke zu Grunde.

Abg. Koch (Soz.): Ich schloß mich den Vordrängern in den
Hauptpunkten an.

Der Präsident schloß die Sitzung und beramte die nächste
auf eine Viertelstunde später an zwecks Fortsetzung der
heutigen Tagesordnung.

Zweite Sitzung vom 16. Mai 1914.

Am Bundesratspräsidenten: Die Staatssekretäre Dr. Delbrück,
Kraeffke und Rüchlin.
Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 12 Uhr
44 Minuten.

Die Abstimmung über Einsetzung einer Kommission für
soziale und Arbeiterangelegenheiten wurde auf die dritte
Vertagung verworfen; die Resolution Jägermann (Natl.)
wegen der Preisbefreiungen wurde einstimmig angenom-

Der Etat des Reichstages wurde bewilligt,
ebenso ohne Diskussion der Etat für das Reichsmilitär-
gericht und die Ergänzung zum Etat der Marine-
verwaltung.

Die Ergänzung zum Etat des Reichsfinanzamts,
21 1/2 Millionen Einmaligen für den Vorlauf des Grundbuchs
Bilanzjahr 14 in Berlin, wurde in Anrechnung der Ab-
rechnung des Anfangs des Grundbuchs für das Militär-
kassenamt genehmigt.

Abg. Krumm (Natl.): Der Reichstag hat uns
vor einer Selbstentwertung bewahrt. Offiziell wird
in der Zukunft ein strenges Finanzregiment geführt.

Abg. Gröber (Str.): Eine besonders wohlwollende
Behandlung der Kriegsteilnehmer und fähige eine private
Anstaltsstelle für verabschiedete Offiziere vor.

Der Etat wurde bewilligt.

hat die Budgetkommission allen Bureaubeamten beim
Reichspostamt die Stellenzulage von 300 Mark zu be-
willigen und diese im Gegensatz zum Einkommensteuer-
verdienst zu erklären beauftragt. Bei der Betriebsverwal-
tung sollen statt 190 Stellen für Direktoren bei den
Ämtern I. Klasse 240 eingestellt werden, für Post- und Tele-
graphenbeamten 683 infolge 703. Ferner beantragte die
Kommission Resolutionen auf Erhaltung von Beamten-
und Angestelltenstellen in den einzelnen Verwaltungen
und auf Bewilligung von Auszubildenden an aus den
Arbeiter- und Handwerkerberufswegen hervorgehende
Unterbeamten, wenn die Nichtunterstützung der Arbeiter-
und Handwerker-Dienstjahre auf das Wohlstandsdienstalter
Gesellschaftsgesetz gegenüber anderen Unterbeamten zur
Folge hat.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Das Haus beschloß nach dem Antrage der Kommission
und nahm die beiden Resolutionen an.
Die noch rückständigen Titel zum Reichsrentenabsetzgesetz
wurden ohne Debatte bewilligt.

Abg. Gröber (Str.): Dem Antrag auf Wieder-
belegung einer Handels- und Gewerbekommission liegt ein
sehr verständiger Gedanke zu Grunde.

Abg. Koch (Soz.): Ich schloß mich den Vordrängern in den
Hauptpunkten an.

Der Präsident schloß die Sitzung und beramte die nächste
auf eine Viertelstunde später an zwecks Fortsetzung der
heutigen Tagesordnung.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Abg. Gröber (Str.): Die Beschlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt worden.
Die Konsequenzen des letzten Beschlusses müssen auch bei an-
deren Behörden gezogen werden.

Deutsches Reich.

Das äußerste Maß.

Die Reichsregierung zur Beschlusnahme.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die bisherigen Verhandlungen über die Beschlusnote haben zu einer Einigung zwischen den Verbündeten Regierungen und dem Reichstage leider nicht geführt, da letzterer bei den Beschlüssen seiner Kommission nicht geblieben ist, die die Regierungen von vornherein aus nachdringlichen Gründen nicht annehmen zu können erklärt hatten. Inzwischen ist im Hinblick auf die Erklärung des Reichstages freilich über eine künftige Gehaltssteigerung der gehobenen Unterbeamten eine Ergänzung des Entwurfes durch Aufnahme der Vorzüge erwünscht, daß im Herbst 1915 ein Gehaltsverbot vorgelegt wird, der die Bezüge der Beamten der Klasse 11a und 11b der Beschlusnote für das Jahr 1916 aufbessert. Wenn die verbündeten Regierungen sich bereit finden sollten, dem zuzustimmen, so würde dies im Interesse der in der Beschlusnote bedachten Beamten geschehen, die beim Nichtzustandekommen der Vorlage auf nicht absehbarer Zeit hinaus auf die ihnen zugehenden Entlohnungsverbesserungen verzichten müßten. Andererseits ergibt sich allerdings aus der Sachlage, daß die in dem Antrage gewählte Fassung des Entwurfes auch das äußerste Maß dessen darstellen würde, was die Genehmigung der verbündeten Regierungen finden könnte, da diese von ihnen bisher eingenommenen, in der Budgetkommission wie in der Volksversammlung des Reichstages wiederholt und bestimmt dargelegten Standpunkt nicht verlassen können.

Die Reichstagserversammlung in Hinterpommern hat nach den vorläufigen amtlichen Ermittlungen folgendes Ergebnis gehabt: Es erhielten Reich (Sitz) 12 221, Mecklenburg (Bente (natl.) 7032 und Reims (Sitz.) 6926 Stimmen. Die Zahl der konstatierten Stimmen ist gegen 1912 um 1700 gewachsen, während die Zahl der nationalliberalen um 1289 und der sozialdemokratischen Stimmen um 508 zurückgegangen ist.

Die Agrarkommission des Abgeordnetenhauses stimmte Donnerstagabend dem Gehaltsentwurf bei. Der einigung der Rentenbanken in Posen und Breslau zu. Von der Staatsregierung wurde eine Auffassung über den Umfang der Gehaltsbeider Rentenbanken vorgelegt.

Kleinasiatische Verträge. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt zu der Meldung, daß französische Vertreter in Berlin Preisfragen zur Berliner Kunstausstellung vorgelegt wurden: „Der Grund des Vorgehens der Ausstellungsleitung liegt mit einiger Wahrscheinlichkeit in der Tatsache, daß der Salon der französischen Künstler die Aufnahme der viel besprochenen Kaiserbüste verweigert hat. In Deutschland fand man diese Weigerung zum mindesten heillos. Die Frage, ob es unter den heutigen politischen Verhältnissen taktvoll war, dem Salon eine Kaiserbüste überhaupt einzuliefern, ist weniger erörtert worden. Wie man auch darüber denken mag, die Weigerung der Berliner Kunstausstellung steht jedenfalls nicht weniger nach kleinasiatischer Gehässigkeit aus, als das Verhalten des Pariser Salons.“

Aus den Kolonien.

Ablösung von französischen Konjunktionsgesellschaften in Kamerun. Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Kolonialverwaltung hat der Kommission für den Reichshaushaltsstaat eine kurze Denkschrift über die Ablösung von vier französischen Konjunktionsgesellschaften vorgelegt. Es sind dies 1. die Compagnie Commerciale de Colonisation du Congo Français, 2. die Compagnie Française de l'Equateur et de la France, 3. die Société de la Sangha (Quartier), 4. die Société de la Sangha-Sangha. Die bisherigen Konjunktionsgesellschaften dieser Gesellschaften betragen zusammen rund vier Millionen Mark. Durch die zwischen dem Staatssekretär Dr. Graf und den Gesellschaften jetzt abgeschlossenen Verträge verzichten die Gesellschaften auf sämtliche Rechte, die sie gegen die deutsche Regierung aus ihren Konjunktionsverträgen herleiten können, und werden von sämtlichen Verpflichtungen aus diesen Konjunktionsverträgen befreit. Als Gegenleistung sollen die Gesellschaften eine Fläche von 20 000 ha im Eigentum erhalten, die im Höchstfalle ein Prozent ihres bisherigen Konjunktionsgebietes betragen kann. Sie erhalten diese Fläche jedoch nicht sofort in voller Größe, sondern zunächst ein Drittel davon. Der Rest soll ihnen erst dann zu, wenn sie ihre Rechte auf eine deutsche Gesellschaft mit einem bestimmten, nach der Größe der Fläche berechneten Mindestkapital übertragen und von der zuerst überzogenen Fläche ungefähr drei Viertel in dauernder Benutzung genommen haben. Zu diesen Bedingungen der Ablösung waren die Gesellschaften nur bereit, wenn ihnen gestattet wurde, selbst geeignetes Land im Küstengebiet Kameruns aufzufinden. Diesem Verlangen nachzugeben erschien billig, weil die Rivalität eines französischen oder eines ähnlichen Betriebes mit der Entfernung von der Küste abnimmt und bald gänzlich aufhört.

Ausland.

Der Reichsausschuss als Sitz. In dem Verordnungsprojet des Reichsausschusses, Svija in Prag wurde geteilt festgestellt, daß Svija tatsächlich keine Reichsstadt ist, sondern eine Kolonie. Nach einer langen Beratung verhandelte der Vorsitzende der Reichsausschuss den Artikel, das auf ein imigen Freispruch Dr. H. J. ers lautete. Der Wahrscheinlichkeitsbeweis wurde in allen Punkten als erbracht angesehen.

Ungarn. Dem Vernehmen nach plant die Kriegsverwaltung eine Änderung bezüglich der Ableistung des Einjährigendienstes. Wie aus Wien gemeldet wird, sollen die Einjährig-

Bereitstellung gesetzlicher Bestimmungen zum Schutze dieser

Trachten zu erfüllen. Berichterstatter Abg. v. Wenden (Konst.) empfahl den

Kommmissionsbeschluss. Abg. Dr. Kiepmann-Zeltow (Natl.) äußerte sich in dem-

selben Sinne. Geheimrat Dr. Sanger: Die Regierung ist bereit, im Rahmen der bestehenden Verhältnisse alles zu tun, was ihr möglich ist. Zu der Vorbereitung des neuen Reichsstrafgesetzbuchs ist eine Bestimmung aufgenommen worden, die eine freierliche Abänderung der misbräuchlichen Bemessung der Ordnungsstrafen ermöglicht.

Der Kommissionsantrag wurde angenommen. Abg. Dr. Kaufmann (Zentr.) will den Antrag der Gemeindefunktion auf weitere Ordnungsstrafen ausdehnen.

Das Haus beschloß nach dem Kommissionsantrage. Zu der zweiten Beratung des Eisenbahnangelegenheiten beantragte die Budgetkommission, die Regierung zu er-

suchen, bei der Vorbereitung größerer Projekte der inneren Kolonisation künftig die Staatseisenbahnverwaltung zur

Erklärung der Frage mitanzugehen, ob und welche neuen Eisenbahnverbindungen zu ihrer wirtschaftlichen Durch-

führung erforderlich sind. Eine Debatte wurden die Forderungen von rund 180 Millionen Mark für die Beschaffung von Fahrzeugen be-

willigt. Bei der Forderung von 6,5 Millionen Mark zur weiteren Förderung des Baues von Kleinbahnen

berichterstattete Abg. Brütt-Nordenburg (Freisinn.) einige förderliche Maßnahmen der Regierung an; die Rentabilität der Kleinbahnen sei allmählich eine Besserung.

Der Kleinbahnbesitz wurde bewilligt und die Denkschrift über die Entwicklung des Kleinbahnwesens und die Verwendung des Kleinbahnfonds durch Kenntnisnahme er-

teilt. Der der Vorlage angehängte Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg wegen Übergang der Eisenbahn-Willensbahnen—Oldenburg zu dem Eigentum des Olden-

burgischen Staates wurde nach kurzer Debatte angenommen, nachdem ein

Eisenbahnmittler v. Breitenbach erklärt hatte, daß die Interessen Willensbahnen von dem preussischen Staat bei dem Reueben des Wohnsitzes in Willensbahnen durch den Oldenburgischen Staat voll und ganz gewahrt werden würden.

Die Petition betreffend Herstellung der Eisenbahnver-

bindung Hamburg—Lübeck—Neumünster—Lauenburg—Rosenhagen beantragte die Kommission durch Übergang zur Tages-

ordnung zu erledigen. Die Nationalliberalen und das Zentrum beantragten, die Petition der Regierung als Material zu

überweisen. Abg. Graf v. Walthe (Freisinn.) beantragte Entschä-

digungsmittel für die Stadt Elmhorn. Abg. Graf v. Groeben (Konst.) bestätigte den An-

trag der Kommission. Abg. Brütt (Freisinn.): Auch wir sind für den Kom-

missionsantrag. Das Neumünsterprojekt, das schließlich nur Hamburg und Lübeck auf Kosten Preußens fördern wird,

hat in Schleswig-Holstein große Verwirrung hervorgerufen; die einzige internationale Lage dort, Altona—Lauen-

burg, würde ihre Bedeutung verlieren. Deshalb sollte endlich mit der Förderung über dieses Thema Schluss gemacht

werden. Abg. Graf Walthe (Freisinn.) Die Linie Hamburg—Kiel-

Rosenhagen hat dieselben Vorteile, wie die Neumünster-

haben würde, ohne die Schädigungen, die diese Linie mit sich bringen würde. Ich bitte, meinen Antrag auf Be-

seitigung der Schäden anzunehmen, die der Stadt Elmhorn aus der neuen Linie Altona-Neumünster dadurch erwachsen,

daß die Schnellzüge in Zukunft nicht halten. Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach: Dem

Antrag Graf Walthe muß ich widersprechen, weil ich es nicht für zutreffend halte, daß Elmhorn durch die Linie Altona-

Neumünster geschädigt wird, von der die Provinzialpresse große Vorteile haben wird. Grundsätzlich der Neumünster-

kann ich mich nicht schließen, da man heute unmöglich alle Verkehrsbedürfnisse übersehen kann. Bezüglich der ge-

weirichtigen Verbesserung der Verkehrswege nach Norden muß ich mir eine gewisse Reserve aufbewahren mit Rücksicht

auf die politischen Preußen und Dänemark stehenden Verhandlungen. Wir erkennen an, daß die jetzigen Verbindun-

gen zur Verbesserung bedürftig sind, und wir sind bereit, erhebliche Mittel dafür aufzuwenden. Unsere Verkehrsbeziehun-

gen zu Dänemark sind ausgezeichnet und werden es auch in Zukunft bleiben. (Beifall.)

Abg. Hürbringer (Natl.): Der Minister selbst hat in der Kommission die Neumünsterlinie so gelobt, daß jeder von ihrer

Notwendigkeit überzeugt sein mußte. Der Minister hat ledig-

lich erklärt, daß der Bau dieser Linie grundsätzlich noch nicht angebracht sei, weil Schleswig-Holstein Nachteile er-

stehen würden. Eine weitere Prüfung dieser Frage ist also zu einem Urteil des Ministers notwendig. Für können daher den Antrag der Budgetkommission nicht für die richtige

Behandlung dieser Frage halten. Die Abg. v. Denis-Oldenburg (Freisinn.) und Gae-

nisch (Soc.) sprachen sich ebenfalls gegen den Übergang zur Tagesordnung aus.

Abg. Hoff (Hortf. Vpt.): Auch wir wünschen eine bessere Verbindung mit Rosenhagen, glauben aber, daß die Vorteile des Neumünsterprojektes bedeutend überwiegen werden. Ich bitte daher, den Antrag der Budgetkommission an-

zunehmen. Abg. Waldheim (Hortf. Vpt.) sprach im Sinne des Antragstellers Graf Walthe.

Die Petition betreffend die Neumünsterlinie wurde durch Übergang zur Tagesordnung für erledigt erklärt und der Antrag Graf Walthe der Budgetkommission überwiesen.

Die Petition, wonach die Verbesserung der Verbindungen von Westen nach Norden nicht über Hamburg—Neumünster—Rosenhagen, sondern über Hamburg—Kiel—Rosenhagen ausgeführt werden sollen, wurde der Regierung als Material überwiesen.

Damit schloß die Beratung des Eisenbahnangelegenheiten. Es folgte die Beratung des Antrages Dr. Borich (Str.) und Genossen betreffend

Eröffnung eines Instituts für Milchwirtschaft. Die Kommission hat eine Resolution vorgelegt, die Staatsregierung zu baldiger Eröffnung eines umfassenden Instituts zur wissenschaftlichen Erforschung sämtlicher auf milchwirtschaftlichen Gebiet auftretenden Fragen zu er-

suchen, die angenommen wurden. Nach debattierter Erledigung einer Reihe von Petitionen verlegte das Haus sich auf Montag 11 Uhr: Dritte Lesung des Ges.

Der Reichstag beschloß zum Erlaß des Ausfalls auf die Ver-

steuer und auf die Vermögenssteuer. Wir haben auf die Dividenden-, Mühlenmahl- und Kötterungssteuer hinge-

wiesen. Gehen die Sozialdemokraten mit, so wird auf einem der letzteren Wege die Deduktion unwiderruflich zu erreichen sein.

Abg. Siebenbürger (Konst.): Durch die aus Ausland eingeführte Mele, in der ich sehr viel Wert finde, werden die Willen, die Landwirte und nicht zuletzt die Finanzverwaltung erheblich geschädigt. Obgleich der Reichstag dem Reichsbrot-Zentralratgeber nach Aufforderung über die technische Behandlung der Mele.

Abg. Reuter (Hortf. Vpt.): Die Einfuhr von Mele ist für die kleinen Landwirte von größter Bedeutung.

Abg. Mollenhuth (Soc.): Den Willern kann nur durch Aufhebung des Einfuhrzollsystems geholfen werden.

Abg. Kreth (Konst.): Eine so wichtige volkswirtschaftliche Frage sollte nicht vor müden und schon befehltem Hause beraten werden. Sollen wir die Unzen zumachen, wenn

Ausland uns wirtschaftlich und politisch schlecht behandelt? Staatssekretär Kühn: Vom Regierungssicht ist nur auf die Schwierigkeiten im Hinblick zu werden, die die Regelung

Ausland uns wirtschaftlich und politisch schlecht behandelt? Abg. Siebenbürger (Konst.): Ich verlange, daß der Zoll-

gesetzgebung Rechnung getragen wird. Dazu gehört auch die Vergütung des Meles und der Mele.

Abg. Zimmermann (Natl.): Der Vorschlag der Reichsbrot ist zu klein, wenigstens im Vergleich zu dem anderer Abg.

Abg. Reichhaus (Zentr.): Die Bundesstaaten sollten selber entscheiden werden für die Aufgaben, die sie bei der Erhebung der Zölle und Verbrauchssteuern haben.

Schaffsekretär Kühn: Die Entschädigung der Bundesstaaten ist ebenfalls schwierig, weil es nicht leicht festzustellen ist, wie viel von der Arbeit der Beteiligten dem Staat für das Mele und wieviel für den Bundesstaat geleistet wird. Eine Vorlage, in der diese Frage zur Regelung kommt, wird im Sommer fertiggestellt sein und voraussichtlich schon im nächsten Winter dem Reichstag zugehen. Die Einziehung der

Stammsteuer wird in derselben Vorlage geregelt werden. Abg. Dr. Hans (Wp.):

Es ist erfreulich, daß der jetzige sehr unannehme Zustand beseitigt werden soll. In Süddeutschland wird er hinsichtlich der Stammsteuer unannehmer empfunden als hinsichtlich der Zölle.

Abg. Dr. Neumann-Geser (Wp.): Auch mit der angeführten Vorlage wird keine völlige Zufriedenheit erzielt werden. Sie wäre nur möglich durch Einfuhr der Reichsverwaltung, wie ich sie früher gemeldet habe. In

Wippe muß sich der jetzige Zustand sehr unannehmbar bemerkbar. Sind die Bestimmungen, die Marktarbeitslagen zu verbessern, jetzt eingeleitet?

Schaffsekretär Kühn: Eine Antiquität, auf Verbesserung der Marktarbeitslagen liegt jetzt nicht vor. Die Möglichkeit ist auf anderer Grundlage zu ersehen, ist ja auch nur in Zukunft zu erwarten.

Der Etat wird angenommen.

Das Staatsgesetz.

Abg. Graf Westphal (Konst.): Begründet einen Antrag, wonach etwaige Überflüsse des Jahres 1913 zur Schuldentilgung nur verwendet werden sollen, soweit nicht die Einnahmen aus dem Verleibtrag zur Deckung eines

einmaligen und laufender Ausgaben aus den Jahren 1913 bis 1916 in größerem Umfang herangezogen werden müssen, als in der ursprünglichen Vorlage vorgesehen war.

Schaffsekretär Kühn: Die Beschlüsse des Reichstages zur Finanzierung der Be-

vorlage wollten, daß bis zu 1000 Millionen aus dem Verleibtrag entnommen werden könnten. Davon können wir ein Jahr später nicht abgeben. Wie sich die Sache praktisch stellt, läßt sich heute noch nicht sagen.

Abg. Erpinger (Zentr.): Der Antrag ist praktisch undurchführbar.

Abg. Reichling (Wp.): Ich bin mit dem Vorschlag in der Auffassung des Antrages durchaus einig. Er widerspricht unseren Beschlüssen zum Verleibtrag und würde unsere Finanzen in Anordnung bringen, die Schuldentilgung unterbrechen.

Abg. Graf Westphal (Konst.): Der Antrag läßt das Verleibtraggesetz nur durchführen helfen, aber nicht ändern.

Abg. Schiffer-Nagdeburg (Natl.): Die Zehner des Reichsbriefes läuft letzten Endes darauf hinaus, uns den Verleibtrag nachträglich zu vereinen. (Lärm und Zwisch.)

Der Antrag Westphal wurde abgelehnt. Die zweite Etatsberatung ist damit erledigt.

Das Spionagegesetz wird angenommen. Montag 12 Uhr: Beschlusnote.

Schluss 7 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

Am Regierungstische: Minister v. Breitenbach und Kommissare.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwit eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Die Etatsübersichtungen und außeretatmäßigen Ausgaben der allgemeinen Rechnung über den Staatshaushalt von 1910 wurden nach dem Antrage der Rechnungs-

kommission nachträglich genehmigt und der Regierung Entlastung erteilt.

Der Gesetzentwurf betr. Eingehung staatlicher Schiffahrtsabgaben durch Gemeinden und Private ist von der Kommission abge-

lehnt worden. Der Abg. v. Wappenheim (Konst.) hat mit Unterstützung von

Witzliedern der anderen bürgerlichen Parteien die Wiederherstellung der Vorlage in einer etwas anderen Form beantragt.

Die Abg. Graf v. d. Groeben (Konst.), Dr. Schroeder-Koffel (Natl.), Gams-Zblatz (Freisinn.), Kiepmann-Zettin (Hortf. Vpt.) und Derold (Str.) erklärten die Zustimmung ihrer Fraktionen und Ministerialdirektor Reetz die Zustimmung der Regierung hieran, und der Gesetzentwurf wurde mit den

Abänderungen des Antrages von Wappenheim in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Zu der Beratung über die Anträge der Abg. v. Wenden (Konst.) und Dr. Kiepmann-Zeltow (Natl.) wegen des Schubes der Trachten der Diakonissen

beziehungsweise der Schwesterinnen vom Katen Kreuz und den Antrag des Abg. Dr. Kaufmann (Zentr.) wegen des Schubes der Tracht der katholischen Ordens-

leute hat die verordnete Gemeindefunktion eine Resolution vorgelegt, die Regierung um Erlaß geeigneter Anweisungen an die nachgeordneten Behörden und um Ver-

Schwarzburg Die Hotel Wasserkursch Familienhaus

